



**offener Brief**  
an das  
Bundeskanzleramt  
Bundeskanzlerin  
Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

7. Dezember 2010

## Gesetz / Strafrecht gegen Mobbing

**" Politik heißt nicht, ständig nach dem Wetterhahn auf dem Dach zu schauen,  
sondern seine Überzeugungen umzusetzen."**

(Angela Merkel, Quelle: DER SPIEGEL)

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

seit vielen Jahren diskutiert man in Deutschland über die Notwendigkeit eines wirksamen Gesetzes gegen Mobbing. Mobbing-Opfer, die versuchen ihr Recht zu bekommen und sich letzten Endes an das Bundesministerium der Justiz oder den Petitionsausschuss wenden, werden mit irgendwelchen standardisierten Phrasen aus einem Tätigkeitsbericht des Jahres 2000 abgefertigt oder besser noch ‚abgewimmelt‘.

Völlig unabhängig davon, ob es neuere Untersuchungen gibt oder nicht, macht dieser Zeitraum doch deutlich, wie lange die Problematik ‚Mobbing‘ bereits ernst zu nehmende Formen angenommen hat.

Ich habe am 1. Dezember dieses stetig zunehmende sozial- und gesellschaftspolitische Problem betreffend zum zweiten Mal in einem offenen Brief an das Bundesministerium der Justiz eine wirksame gesetzliche Regelung gefordert – wie zuvor bereits mehrfach von anderer Seite geschehen – und bitte Sie auf diesem Wege im Namen aller Mobbing-Opfer dringend darum, sich auch einmal persönlich mit den Einzelheiten dieser schwierigen Thematik auseinander zu setzen. Es kann nicht sein, dass in einer zivilisierten Gesellschaft reihenweise Menschen fertig gemacht werden und die Regierung schaut untätig zu.

Mobbing zerstört Menschen. Mobbing-Opfer wollen keine ‚netten Worte‘, Mobbing-Opfer wollen keine Therapien. Mobbing-Opfer wollen einfach nur ihr Recht – mehr nicht.

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel, ich lebe meine Überzeugungen. Das war einigen Menschen Anlass genug, meinen sozialen Tod böswillig herbeizuführen. Eine solche Hexenjagd, wie ich sie erdulden musste, wie sie inzwischen in allen Bereichen gesellschaftlichen Miteinanders zur Tagesordnung gehört und dabei an Brutalität stetig zunimmt, steht einer freiheitlichen Demokratie nicht gut zu Gesicht. Bitte tragen auch Sie Kraft Ihres Amtes Sorge dafür, dass diesem offenbar unbequemen Thema das notwendige Gehör verschafft wird und dieser perfiden Form von Gewalt endlich wirksam begegnet werden kann.

Meine weiteren Ausführungen sowie die bisherige offene Korrespondenz finden Sie auf meinen Webseiten. Ihr Interesse an diesem wichtigen Thema setze ich als gegeben voraus.

Mit freundlichen Grüßen